

Archiv

Verbandes der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

23. JULI 1965

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/138

Bonn, Donnerstag den 22. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Seiten

Bundeswehr und Tradition

48

Zu einem Erlass des Bundesverteidigungsministeriums  
Von Dr. Ulrich Lohrer, MdB

"Christliche Demokratie" - ein deutscher Wahlkämpfer ?

Das CDU'sche Firmenschild der CDU  
Von Günter Grossmann

3 - 4

Was sich alte Menschen wünschen

55

Eine bemerkenswerte Untersuchung

4

Die CDU bleibt unbelehrbar

25

Bayern droht Verfassungsklage

6

De Gaulles Asienpolitik

40

Die Hintergründe einer Minister-"Privatreise" nach Peking  
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

### Bundeswehr und Tradition

Von Dr. Ulrich Lohmer, MdB

"Gerade weil uns Traditionen fehlen, brauchen wir ein sehr modernes Bewußtsein unserer Geschichte. Nicht wir haben mit der Vergangenheit gebrochen. Sie hat uns zerbrochen. Sie stellt uns auch heute noch in Frage." Das schreibt Rüdiger Altmann in dem neuesten Heft der Zeitschrift "Die neue Gesellschaft".

Die Bundeswehr scheint dieser Einsicht entsprechen zu wollen. Das Bundesverteidigungsministerium nahm den Jahrestag des 20. Juli 1944 zum Anlaß, einen Erlaß über die Traditionspflege in der Bundeswehr herauszugeben. Daß die Pflege der Tradition in der Streitkräften der Form eines Erlasses bedarf, ist kennzeichnend für unsere Situation. Ungebrochene Traditionen bestehen aus sich heraus, aber das ist eben in einem geteilten Deutschland und angesichts unserer Vergangenheit nicht so.

Das Bundesverteidigungsministerium hat mit seinem Erlaß Klarheit geschaffen, soweit das auf diesem Wege möglich ist. Als Symbole der soldatischen Tradition werden die schwarz-rot-goldene Fahne, der Adler des deutschen Bundeswappens und das Eisernes Kreuz genannt. Ein nationales Bewußtsein wird bejaht, die Übersteigerung und Entartung zum Nationalismus hin dagegen abgelehnt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Von Bedeutung für das Denken unserer Soldaten wird auch ein anderer Satz sein: "Als Gelegenheit zur Bewährung ist der Krieg nicht zu rechtfertigen." Diese Absage an jede verklärende und romantisierende Verherrlichung des Krieges war notwendig. Die Schrecken moderner Kriege bieten keinen Anlaß, darin soldatische Bewährung suchen zu wollen.

Unmißverständlich sind auch die Aussagen des Erlasses zum 20. Juli 1944. Ein Widerstand aus Verantwortung sei für den Soldaten dann geboten, wenn der Bruch des Treueides durch den Dienstherrn es rechtfertige. Genau dies war unter Hitler der Fall, und die Diskussion um den Widerstand gegen den Diktator wird sich in der Bundeswehr garan halten können. Das Verteidigungsministerium stellt fest, nur den Gewissen verantwortliche Soldaten hätten sich zuletzt im Widerstand gegen Unrecht und Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bis zur letzten Konsequenz bewährt.

Wir begrüßen es, daß von den Soldaten der Bundeswehr kritisches Mitdenken und Mitverantwortung erwartet wird. Seit Scharnhorst und Gneisenau gehört eine solche Haltung zu den besten Traditionen in unserem Lande. Der unpolitische Soldat, der sich nur auf das militärische Handwerk beschränkt, wird seinen Aufgaben in der Demokratie nicht gerecht. Wir brauchen den Staatsbürger in Uniform, nicht einen Landsknecht atomaren Zuschnitts.

Schließlich bestimmt die Bundeswehrführung, daß Traditionen ehemaliger Truppenteile von Bundeswehreinheiten nicht übernommen werden sollen. Die durch unsere demokratische Staatsordnung, durch das Gespenst eines atomaren Krieges und durch die Teilung Deutschlands bedingte neue Situation der Bundeswehr drückt sich darin aus. Wir hoffen, daß die Bundeswehr in ganzen eine geistige Haltung gewinnen wird, die diesen Grundsätzen entspricht.

## "Christliche Demokratie" - ein deutscher Wahlschlager ?

---

### Das falsche Firmenschild der CDU

Von Günter Grossmann

Bei der Bundestagswahl will die CDU die Wähler auffordern, sich zwischen christlicher Demokratie und Sozialismus zu entscheiden. Das hat das Präsidium der CDU allen Ernstes beschlossen.

Mit pseudo-ideologischen Nebelwerfern will die listenreiche bisherige Regierungspartei dem Wählervolk eine Alternative hinzaubern, die - mit klar sondierendem Verstand gemessen - völlig schief ist. Sie sollte sich aber darüber im Klaren sein, daß sie einem mündigen Wähler nicht einzureden vermag, sie verkörpere so etwas wie "christliche Demokratie". Ebenso irreführend ist es, ihre große Gegnerin, die SPD, als Repräsentantin des Sozialismus schlechtlin abzustempeln. Die CDU würde dies natürlich gerne tun, da der Begriff "Sozialismus" durch die inhumanen Machenschaften östlicher Auch-Sozialisten in den Köpfen mancher Zeitgenossen stark abgewertet erscheint.

"Christliche Demokratie" ist ein schillernder Begriff. Er sagt leider realpolitisch überhaupt nichts aus. Wo immer auf der Welt Demokratie funktionsfähig ist, wird sie von Menschen gestaltet, deren Antrieb zum Handeln auf verschiedenen sittlichen Werten basiert. Das Christentum ist eine der großen formenden und weltbewegenden Kräfte, aus denen sich sehr viele gute Demokraten in Deutschland und in der ganzen Welt ihr inneres Rüstzeug holen, ohne zur CDU zu gehören. Das gleiche gilt auch von anderen großen Religionen, die in der Welt- und Menschheitsgeschichte ihre Spuren hinterlassen haben. Gute Demokraten aus innerem religiösen Antrieb waren z.B. auch Chajm Weizmann und Mahatma Gandhi.

Aus alledem läßt sich allerdings keine "christliche" Sonderform der Demokratie herleiten. Auch ist das, was die bisherige Regierungspartei seit 16 Jahren dem deutschen Volke demonstriert, alles andere als christlich. Es ist weit entfernt von der von dem chilenischen Staatspräsidenten Frei angestrebten sozialen Demokratie. Auch Freis Partei nennt sich "christlich-demokratisch", faßt aber Demokratie nicht konservativ auf, sondern gestaltet sie aus apostolischem Pioniergeist. Die deutsche CDU hingegen ist im negativen Sinne konservativ, sie macht aus der Demokratie eine obrigkeitstaatliche Kümmerform.

Das Leitbild der SPD hingegen ist der demokratische Sozialismus, die unserer Zeit und der modernen Gesellschaft angepaßte dynamische Form der Demokratie. Das deutsche Volk wird am 19. September zu wählen haben zwischen diesem demokratischen Sozialismus, dem die Zukunft gehört, und einer unfruchtbaren, verschwommenen Idee, aus der sich keine Politik ableiten läßt, die Lösungen für die Zukunft anbieten könnte.

## Was sich alte Menschen wünschen

### Eine bemerkenswerte Untersuchung

DA-Wie stellen sich unsere alten Mitbürger ihren Lebensabend vor? Wohl in allen Gemeinden sinnen die Verantwortlichen über dieser Frage. Es ist bekannt, daß nicht wenige Kommunen bereits den naheliegenden Weg gegangen sind: Sie haben ganz einfach ihre alten Bürger gefragt, um möglichst sichere Grundlagen für ihre praktische Politik zu erhalten. Bereits im Spätsommer 1964 führte in derniederrheinischer Hüttenstadt Rheinhausen das Sozialamt eine Umfrage durch. Das Ergebnis, das jetzt vorliegt, entspricht im Grunde den Überlegungen eines gesunden Menschenverstandes: Die alten Leute wollen sich möglichst lange ihre Selbständigkeit bewahren!

Die Voraussetzung ist allerdings, daß ihnen die alltägliche Arbeit, die in einem eigenen Haushalt anfällt, weitgehend abgenommen oder aber zumindest erleichtert wird. Da ist zunächst die tägliche Belastung der Hausfrau, die - real gesehen - im Normalfall kaum "in Pension" gehen kann. Zu dieser Situation, die viel Nerven kostet und allzuoft die friedliche Zweisamkeit trübt, gab es in Rheinhausen klare Aussagen: Gut 400 der Befragten wünschen sich, daß man ihnen regelmäßig eine warme Mahlzeit in die Wohnung bringt; 262 Antworten stellten die Hilfe im Haushalt in den Vordergrund.

Das sind keine unerfüllbaren Forderungen, denn es gibt bereits - von den verschiedensten Trägern durchgeführt - in vielen Stadt- und auch Landkreisen die längst gut bekannt gewordenen Aktionen "Essen auf Rädern". In Rheinhausen werden die Erfahrungen der Inneren Mission im benachbarten Moers ausgewertet. Interessant - und zugleich ermutigend - ist die Tatsache, daß sich "auf Anhieb" 69 Rheinhausener bereit erklärt haben, Hausarbeit bei alten Leuten zu verrichten. Die Verwaltung will die Verbände der freien Wohlfahrtsverbände bewegen, sich örtlich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und die Werbung und Ausbildung der freiwilligen Helfer gemeinsam zu betreiben.

Es gibt viele Pläne heutzutage, und zu den schönsten - weil menschlichen - gehört gewiß der Altenplan. In Rheinhausen hat man das Jahr 1975 anvisiert: Fast jeder 10. der erwarteten 75 000 Einwohner wird dann wahrscheinlich über 65 Jahre alt sein. Welche Probleme hier und in fast allen Gemeinden gelöst werden müssen, läßt ein weiteres Ergebnis der

Rheinhausener Umfrage erkennen: 336 Ehepaare und 218 Alleinstehende haben bereits jetzt den Wunsch angemeldet, später in eine moderne Altenwohnung übersiedeln zu können - ein Vorzug, den heute 130 alte Bürger von Rheinhausen genießen.

Nicht Überraschen kann, daß eine klare Minderheit der Befragten, nämlich 130 Ehepaare und 51 Alleinstehende, sich dafür ausgesprochen hat, ihren Lebensabend in einem Altenheim zu verbringen. Die völlig selbstverständliche Folgerung aus diesen Vorstellungen und Wünschen ist, daß es künftig ohne Pflegeheime nicht gehen wird. Als Anhaltspunkt dienen in Rheinhausen die sogenannten "Schlüsselzahlen". Danach ist zu erwarten, daß man in zehn Jahren mindestens 112 Betten in Pflegeheimen gebrauchen wird. Für die ambulante Krankenpflege wird wahrscheinlich die doppelte Zahl der jetzt vorhandenen geprüften Krankenschwestern benötigt.

Etwas aber steht ganz, ganz weit im Vordergrund: Die Freude am Leben! Fast 2000 der befragten alten Leute in Rheinhausen sprachen sich für die Errichtung von Aufenthaltsstätten aus, in denen sie neben Geselligkeit auch kulturelle und allgemein bildende Unterhaltung finden können. Die Verantwortlichen in Rheinhausen wollen die Maßnahmen für die Altererholung verstärken und auch noch mehr Tagesausflüge durchführen, an denen auch die Bewohner der Altenheime teilnehmen können.

#### Die CSU bleibt unbelehrbar

---

#### Bayern droht Verfassungsklage

In der CSU haben sich die Kräfte durchgesetzt, die gegen den Widerstand aller anderen Parteien im Landtag die Einführung der Überhangmandate durchsetzen wollen. Das geht aus dem in der letzten Vollversammlung des Landtags eingereichten Entwurf der CSU zur Änderung des Landtagswahlgesetzes hervor. Die CSU hat sich damit keine große Mühe gemacht, denn sie übernahm den vollen Wortlaut des in erster Lesung im Landtag abgelehnten Regierungsentwurfs. Wie Innenminister Junker mitteilte, hatte sein Ministerium einen neuen Entwurf vorbereitet, der die Überhangmandate nicht enthielt. Junker, der mehrmals erklärte, daß er hinsichtlich der Überhangmandate verfassungsrechtliche Bedenken habe, konnte sich jedoch weder innerhalb der Regierung noch in der CSU durchsetzen. Die CSU riskiert es also, daß ein solches Gesetz - wenn es gelänge, es im Landtag durchzusetzen - beim Verfassungsgerichtshof angefochten wird. Die SPD hat wiederholt erklärt, daß sie eine Verfassungsklage einbringen würde.

Neben der Einführung der Überhangmandate ist auch die im CSU-Entwurf vorgesehene Stimmkreiseinteilung umstritten. Die Einwohnerzahl schwankt zwischen den einzelnen im Entwurf vorgesehenen Stimmkreisen ganz erheblich. So würde z. B. der Stimmkreis Parsberg nur 53.324 Einwohner zählen, während der Stimmkreis Coburg 124.698 Einwohner umfaßt. Von annähernd gleich großen Stimmkreisen kann also keine Rede mehr sein. Die SPD würde auch die Stimmkreiseinteilung vor dem Verfassungsgerichtshof anfechten.

### DE GAULLES ASIENPOLITIK

Die Hintergründe einer Minister-"Privatreise" nach Peking

Von unserem Korrespondenten in Paris Georg Scheuer

Die "private" Reise des französischen Kulturministers André Malraux nach Peking und der gleichzeitige Besuch des japanischen Außenministers Itosator Shiina bei General de Gaulle haben in diesem ereignisreichen Sommer 1965 einen gemeinsamen Grund: den Vietnamkrieg.

#### Neutralisierungsplan

Seit ungefähr zwei Jahren verfolgt de Gaulle im Fernen Osten unentwegt eine bestimmte Linie, die er trotz aller Rückschläge und Schwierigkeiten in nächster Zeit durchzusetzen hofft: Unabhängigkeit und Neutralisierung der ganzen indochinesischen Halbinsel, also nicht nur Süd- und Nordvietnam, sondern auch Kambodscha und Laos. In den beiden letztgenannten Ländern fanden die französischen Vorschläge starken Widerhall und offizielle Zustimmung, in Nordvietnam spitzte man die Ohren (Hochiminh versucht als eine Art südest-asiatischer "Pito" zwischen Moskau und Peking eine gewisse "Unabhängigkeit" zu wahren), in Südvietnam wird de Gaulles Plan als "Hochverrat" verurteilt.

#### Bruch mit der SEATO

Seit der Herr des Elysee vor zwei Jahren das Ziel seiner Indochinapolitik öffentlich verkündet hat, ist die französische Regierung schrittweise von der amerikanischen Außenpolitik im Fernen Osten abgedreht. Frankreich hat mit der SEATO praktisch gebrochen. Paris verlangt mit wachsender Lautstärke die Einberufung einer internationalen Konferenz nach dem Muster der Genfer Indochinakonferenz 1954. - Die Reise des französischen Kulturministers André Malraux ist der erste konkrete Versuch de Gaulles, seinen Indochinaplan in die Tat umzusetzen. Hinzu kommt eine weitere Annäherung zwischen Paris und Peking, denn Malraux ist ein alter Chinafackelmann und stand vor dem Krieg als französischer Linksintellektueller selbst den chinesischen Kommunisten sehr nahe.

#### "Achse" Paris - Peking ?

Für de Gaulle ist es schon ein bedeutsamer diplomatischer Erfolg, in China offene Türen zu finden, die dem britischen Premierminister Wilson verschlossen sind. Ob aus dem selbständigen französisch-chinesischen Gespräch letzten Endes Paris oder Peking wirklichen Nutzen zieht, wird man bald sehen. Der Vietnamkrieg treibt in diesem Sommer zu dramatischen Entscheidungen.